

Wie ist der Umweltschutz heute positioniert?

Die Angst vor ökologischer Bedrohung wurde von anderen Ängsten überholt. Erstmals sind gleich viele Bürgerinnen und Bürger für den Ausbau des Umweltschutzes wie dagegen. Dennoch sind die Stimmberechtigten weiterhin geschlossen für behördliche Eingriffe zu Gunsten des Umweltschutzes. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse der beiden aktuellen Studien von gfs-zürich.

Der Ausbau der Umweltpolitik auf Kosten anderer Politikbereiche wird 2005 nicht mehr wie bis anhin von einer statistisch signifikanten Mehrheit der Stimmberechtigten unterstützt. Gegenwärtig sind etwa gleich viel Stimmberechtigte der Deutschschweiz und der Romandie für eine Umverteilung der Mittel der öffentlichen Hand zu Gunsten des Umweltschutzes wie dagegen. So lautet das Ergebnis der neusten Univox-Umweltstudie des Forschungsinstitutes gfs-zürich (siehe auch ZUP 42). Die Befragten, die bei anderen Bereichen zu Gunsten des Umweltschutzes sparen würden, würden dies am ehesten auf Kosten der Landesverteidigung, sowie – in geringerem Masse – auf Kosten des Strassenbaus und der Landwirtschaft tun.

Behörden sollen mehr tun für den Klimaschutz

Insgesamt sind die Stimmberechtigten weiterhin beinahe geschlossen für behördliche Eingriffe zugunsten des Umweltschutzes. Bei drei von acht Themen ist eine Mehrheit der Antwortenden der Auffassung, dass der Staat mehr tun sollte. Dies ist insbesondere in Bezug auf den Klimaschutz der Fall.

Bei fünf von acht Themen überwiegt jedoch die Ansicht, dass der Staat genug tut. Am deutlichsten sind die Antwortenden beim Natur- und Landschaftsschutz dieser Auffassung. Lediglich bei einem Bereich, der Lebensmittelkontrolle, sind 10 Prozent der Antwortenden der Auffassung, dass der Staat weniger tun sollte. Im Vergleich zu 2003 hat der Ausbau des Bodenschutzes deutlich und der Schutz vor Gentechnologie leicht an Unterstützung verloren.

Risiken der Kernenergie als untragbar wahrgenommen

Der Anteil der Stimmberechtigten, welche die Risiken der Kernenergie für nicht tragbar halten, erreichte in den letzten Jahren die höchsten Werte seit Beginn der Univox-Erhebungen im Jah-

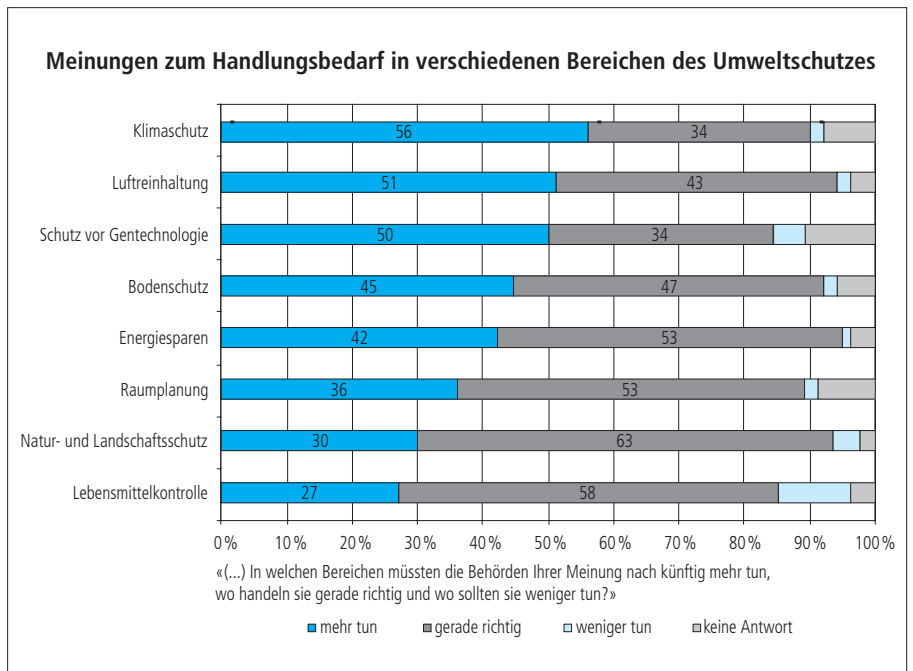
Inhaltliche Verantwortung:

Isabel Flynn
 Koordinationsstelle für Umweltschutz
 Postfach, 8090 Zürich
 Telefon 043 259 24 18
 Fax 043 259 51 26
 isabel.flynn@bd.zh.ch
 www.umweltschutz.zh.ch

Ursula Raymann

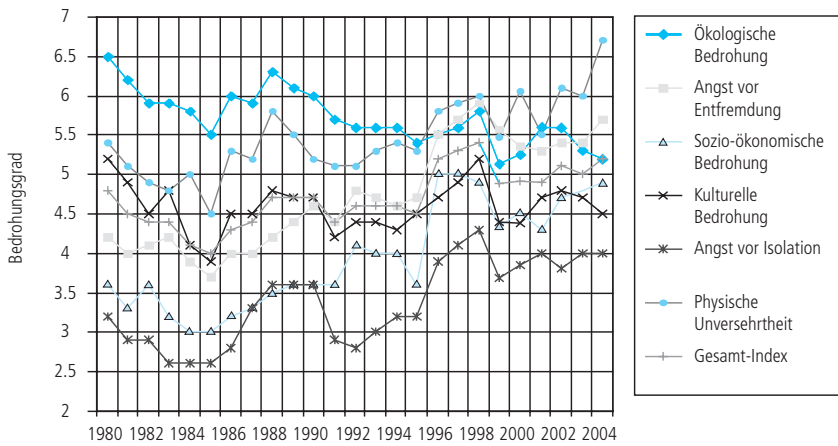
gfs-zürich, Markt- & Sozialforschung
 Telefon 044 361 51 22
 ursula.raymann@gfs-zh.ch

Umweltdaten



Die Mehrheit der Befragten möchte, dass der Staat mehr für den Klimaschutz tut, aber weniger für die Lebensmittelkontrolle. Quelle: Univox-Umwelt 2005

Trends der fünf allgemeinen Angstdimensionen 1980 bis 2004



Mittelwerte; Skala: 1 = keine- / 10 = grosse Bedrohung; n = je ca. 700, 1996-98: 1400, 2001: 900

Die Angst vor ökologischer Bedrohung wurde von anderen Ängsten überholt und sank in den letzten Jahren weiter.

Quelle: gfs-Angstbarometer 2004

re 1986. Auch 2005 ist der Wert höher als jener, der nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl (1986) gemessen wurde. Weniger als ein Sechstel der Stimmberechtigten hält die Risiken der Kernenergie für tragbar (12 Prozent der Befragten) (siehe auch ZUP 42, Beitrag zur Trendentwicklung aus den Univox-Befragungen).

Umweltdeklarationen gewinnen an Bedeutung

Die Bereitschaft, persönlich einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten, ist zumindest nach den Äusserungen der Befragten nach wie vor verbreitet. Sie geben zum Beispiel an, vermehrt Produkte mit wenig Abfall oder mit Deklarationen zu erwerben oder vermehrt die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen. Allerdings sind diese Anteile unter den Stimmberechtigten im Vergleich zu den Vorjahren im Durchschnitt rückläufig.

Abgenommen hat im Vergleich zu 2003 die Bereitschaft, eine Umweltorganisation zu unterstützen. Auch die Bereitschaft, sich an einer Umweltschutz-Aktion zu beteiligen, hat 2005 wieder ein tieferes Niveau erreicht. Zugenom-

men hat hingegen die Nennung, dass auf umweltbezogene Angaben beim Erwerb von neuen elektrischen Geräten und Nahrungsmitteln geachtet werde.

Insgesamt sprechen die Ergebnisse für eine leicht höhere Sensibilität für den Umweltschutz im Konsumverhalten. Im politischen Bereich ist die Akzeptanz der Stimmberechtigten nach mehr Massnahmen und Investitionen rückläufig.

Mehr Angst um sich selber als um Umwelt

Betrachtet man die veränderte Einstellung zum Umweltschutz im Zusammenhang mit dem Bedrohungsempfinden der Schweizer Bevölkerung, wie sie gfs-zürich im Herbst 2004 ermittelt hat, ergibt sich folgendes Stimmungsbild: Seit dem Jahr 2000 sind vor allem die physischen Ängste wie die Angst vor unheilbaren Krankheiten aber auch die Entfremdungsängste Spitzenreiter. Leicht gesunken ist dagegen die Angst vor ökologischer Bedrohung.

Bis Mitte der 90er Jahre hatte die Angst vor der ökologischen Bedrohung in ihrer Intensität alle anderen Bedrohungstypen übertroffen, und das allgemeine

Angstniveau war von 1986 bis 1991 vor allem wegen zunehmender Ängste in den ökologischen und gesundheitlichen Bereichen angestiegen. Bereits von 1991 bis 1995 entwickelten sich die Ängste im ökologischen Bereich jedoch zu Gunsten sozioökonomischer Bedrohungslagen zurück, welche nach 1996 sogar extrem anstiegen: Der wirtschaftliche Aufschwung liess auf sich warten, die Arbeitslosigkeit war zu einem Problem geworden, das nicht nur Randgruppen betraf. Per 1999 lagen die ökologischen Ängste nun erstmals nicht mehr an der Spitze.

Seit 2000 liegt die «physische Unversehrtheit» deutlich vorne, 2004 mit mehr Abstand als je zuvor. 2003 überholte die Angst vor Entfremdung die ökologischen Ängste. 2004 nahm die Angst vor Entfremdung leicht zu und die Angst vor ökologischer Bedrohung weiter ab.

Univox

Univox ist eine umfassende Langzeitbeobachtung unserer Gesellschaft mit insgesamt 22 Themenbereichen, darunter Umwelt, die das Forschungsinstitut gfs-zürich in Zusammenarbeit mit spezialisierten, zumeist universitären Instituten seit 1986 regelmässig realisiert. Die aktuelle Befragung wurde im Februar 2005 durchgeführt.

Angstbarometer

Seit 1978 wird mindestens einmal jährlich die subjektive Bedrohungslage der Schweizerinnen und Schweizer erhoben. Die Befragten geben zu einer Liste von 25 Bedrohungslagen anhand einer 10er-Skala das Ausmass an, in dem sie sich in den jeweiligen Bereichen beunruhigt oder bedroht fühlen. Mehrere Bedrohungslagen, welche ihrerseits inhaltlich einen homogenen Angstbereich darstellen, werden zu Dimensionen zusammengefasst (siehe Grafik). Die aktuelle Befragung zum gfs-Angstbarometer fand im Oktober 2004 statt.